



POLITISCHE LAGE AUF DER KRIM DEBATTE UM DEN NATO-BEITRITT DER UKRAINE

■ ANALYSE		
	Halbinsel unter Spannung? Konfliktlagen auf der Krim seit dem Zerfall der Sowjetunion. Jan Zofka, Leipzig	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Bevölkerung	6
	Geographie	7
	Wirtschaft	7
■ ANALYSE		
	Geschichtsinterpretationen als Kristallisationspunkt interethnischer Spannungen auf der Krim. Oksana Danylenko, Charkiw	9
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
	Die Debatte um den ukrainischen NATO-Beitritt	12
<hr/>		
■ CHRONIK		
	Chronik vom 12. bis zum 25. September 2006	14



Analyse

Halbinsel unter Spannung? Konfliktlagen auf der Krim seit dem Zerfall der Sowjetunion

Von Jan Zofka, Universität Leipzig

Zusammenfassung

Die Schwarzmeerhalbinsel Krim nimmt unter den Regionen der Ukraine eine gewisse Sonderstellung ein. Sie verfügt als einzige über einen Status als „Autonome Republik“ und ist stark von post-sowjetischer und russischer Kultur geprägt. Diese Faktoren haben sich zumindest zwischenzeitlich in besonderen regionalen Machtverhältnissen und einem Konflikt zwischen den Machthabern auf der Halbinsel und der nationalen Regierung in Kiew niedergeschlagen. Verstärkt wurde die konfliktträchtige Situation durch den langjährigen Streit zwischen Russland und der Ukraine um die Schwarzmeerflotte der Roten Armee in der Hafenstadt Sewastopol und durch die Agitation russischer Nationalisten in Moskau, die der Krim eine hohe symbolische Bedeutung beimessen. In der komplizierten Gemengelage versucht die Bewegung der zurückgekehrten Krimtataren, die bzw. deren Vorfahren durch das stalinistische Regime 1944 deportiert worden waren, die Position ihrer Gruppe zu verbessern. Trotz dieser Ausgangslagen bleibt fraglich, ob die Situation auf der Krim tatsächlich einen kontinuierlichen Konflikt und eine besondere Bedrohung für die Einheit der Ukraine darstellt. Die aktuellen Auseinandersetzungen um die Annäherung an die Nato und den Status der russischen Sprache sind eher von den Gegensätzen in der gesamten Ukraine als von regionalen Besonderheiten geprägt.

Geschichte des Konfliktes auf der Krim seit 1990

Noch bevor die Unabhängigkeit der Ukraine von der Sowjetunion ausgemachte Sache war, hatten sich auf der Krim die ersten „separatistischen“ Bestrebungen manifestiert. Die frühen Gruppierungen, die sich im Rahmen des politischen Aufbruchs während der Perestrojka bildeten, konzentrierten sich mit Ausnahme von einigen Umweltbewegungen auf den Status der Region. Der Oberste Sowjet der Halbinsel erklärte im Widerspruch zur sowjetischen administrativen Gliederung im September 1990 das „Autonome Gebiet“ der Ukrainischen SSR zur Autonomen Republik in der Sowjetunion. Immerhin gestand das Parlament der Ukrainischen SSR in Kiew der geschichtsträchtigen Region im Februar 1991 tatsächlich den Autonomiestatus zu – jedoch innerhalb der Ukraine. Zuvor hatten bei einem Referendum 93,3% der Wähler (bei einer Wahlbeteiligung von 80%) für die vom Krim-Sowjet dekretierte Gründung einer Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik gestimmt.

Bei der Abstimmung über die Unabhängigkeit der Ukraine von der Sowjetunion im Dezember 1991 stimmte allerdings auch auf der Krim eine Mehrheit von 54% mit „Ja“, vermutlich aufgrund der Erwartung einer Verbesserung ihrer materiellen Lage. Diese blieb allerdings aus, denn von der Transformationskrise war auch die Schwarzmeerhalbinsel betroffen, da der Markt für die ausgeprägte Lebensmittelindustrie und

die Tourismusbranche zusammenbrachen.

Der Konflikt um den Status der Krim spitzte sich im Jahr 1992 erneut zu. Ende 1991 und in den ersten Monaten des Jahres 1992 hatten sich die separatistischen bzw. russisch-nationalistischen Kräfte in der „Republikanischen Bewegung der Krim“ (RDK) formiert und traten mit Demonstrationen und öffentlichen Aktionen immer offener anti-ukrainisch auf. Hauptbühne der Auseinandersetzung blieben allerdings Parlamente und Abstimmungen. Mitte Mai erklärte der Oberste Sowjet die Krim für unabhängig und rief ein Referendum darüber für August aus. Die ukrainische Volksvertretung wies das ebenso als Verfassungsbruch zurück wie die vom Krim-Parlament ausgearbeitete Verfassung, die zwar die Krim zu einem Bestandteil des ukrainischen Staatsgebietes erklärte, aber ansonsten eine weitgehende Trennung der Staatsapparate vorsah. In Verhandlungen mit dem eher kompromissbereiten Parlamentschef Nikolaj Bagrow, der die gemäßigten, auf ökonomische Eigenständigkeit orientierten Eliten der Halbinsel repräsentierte, konnte Kiew den Streit zu Gunsten der Zentralmacht beilegen. Unabhängigkeitserklärung, Verfassung und Referendum wurden zurückgenommen.

Seinen Höhepunkt erreichte der Konflikt zwischen Kiew und den Unabhängigkeits- bzw. Russland-orientierten Kräften mit der regionalen Präsidentschaftswahl der Krim 1994. Der Vertreter

der weiter erstarkten separatistischen RDK, Jurij Meschkow, schlug mit einem voll auf das Thema Unabhängigkeit ausgerichteten Wahlkampf den gemäßigten Bagrow in der Stichwahl – mit einem eindrucksvollen Ergebnis von 72,9%. Nicht nur die sich als Russen verstehenden Krim-Bewohner hatten für den Nationalisten gestimmt, sondern auch viele russischsprachige Ukrainer. Bei der Parlamentswahl im März 1995 konnten die separatistischen Kräfte um die RDK, die sich im allerdings ziemlich heterogenen Wahlbündnis „Blok Rossija“ zusammengefunden hatten, ihren Erfolg wiederholen und gewannen somit die Kontrolle über die politischen Institutionen der Halbinsel. Angesichts der Wiedereinsetzung der Verfassung von 1992 und der zeitgleichen Zuspitzung des Konfliktes zwischen der Ukraine und Russlands um die Schwarzmeerflotte im Krim-Hafen Sewastopol schien sich eine Eskalation anzubahnen.

Die Position Moskaus gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen blieb aber uneindeutig und die inneren Differenzen ließen den separatistischen Machtblock auf der Krim so schnell wieder zerfallen wie er entstanden war. Der Erfolg des Russland-freundlichen Leonid Kutschma bei der ukrainischen Präsidentschaftswahl im Juli 1994 nahm einer deutlichen Abgrenzung vom Zentrum in Kiew an Dringlichkeit und Legitimität, und die separatistische Bewegung verlor an Dynamik. Nach wenigen Monaten war klar, dass Meschkow mit seiner auf (russische) Nation und Kultur ausgerichteten Rhetorik keine Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme der Bevölkerung auf der Schwarzmeer-Halbinsel anzubieten hatte. Innerhalb der Eliten, und insbesondere innerhalb des Blok Rossija, trat die Unterschiedlichkeit der Interessen zunehmend deutlich zu Tage. Die Bevorzugung russischer Investoren durch Meschkow spaltete die Regierungspartei, was in einen für postsowjetische politische Verhältnisse so typischen Machtkampf zwischen Präsident und Parlament mündete, den Meschkow verlor. Die siegreichen Kräfte mit weniger eng an Russland angelehnten Interessen handelten schließlich in einem jedoch langwierigen Verhandlungsprozess bis 1996 mit Kiew einen Kompromiss aus, der die Krim mit einem Autonomiestatus und einem Parlament, aber ohne Präsidentenamt beließ.

Die Etablierung der ukrainischen Verfassung 1996, in der der Status der Krim festgeschrieben ist, und die Verabschiedung der Krim-Verfassung 1998 stabilisierten die politischen Verhältnisse auf der Schwarzmeerhalbinsel soweit, dass bis in die jüngste Zeit nicht mehr von einem offenen Konflikt gesprochen werden kann. Gesetze, wie das Gebot einer Ukraine-weiten Verankerung politischer Parteien, das

reine Regionalparteien wie die RDK unmöglich machte, waren darauf angelegt das politische Spektrum auf der Krim an den Rest der Ukraine anzupassen, was mindestens in Teilen gelang. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre dominierte die Kommunistische Partei um Leonid Gratsch das politische Geschehen, inzwischen ist es die Partei der Regionen des Premiers Viktor Janukowitsch, die die besten Wahlergebnisse erreicht.

Erbe der Sowjetunion? Ökonomische und historische Grundlagen der Konfliktsituation

In der Zeit der Perestrojka und des sich abzeichnenden Endes der Sowjetunion, in der bereits einige regionale Territorialkonflikte in ein gewalttätiges Stadium übergegangen waren, befürchteten westeuropäische Experten auch für die Krim einen „ethnischen Konflikt“. Die eindeutige russische Bevölkerungsmehrheit, die auf Seite 6 dokumentiert wird, die historische, zwei Jahrhunderte lange Zugehörigkeit zu Russland, die stark ausgeprägte Regionalidentität und die Rückkehr der Krimtataren mit ihren Ansprüchen als einheimischer Bevölkerung schienen einen bewaffneten Konflikt, sei es regional oder mit der sich entwickelnden ukrainischen Staatlichkeit, vorzuprogrammieren. Dass die Vorhersagen über die Gewalttätigkeit von Konflikten in vielen Regionen der ehemaligen Sowjetunion nicht eingetroffen sind, kann man durchaus als Hinweis darauf werten, dass mögliche Ursachen solcher Auseinandersetzungen falsch bewertet wurden. Trotzdem lässt sich auf der Krim eine spannungsgeladene Situation mit erkennbaren Konfliktfaktoren ausmachen.

Allerdings reicht das Konstatieren eines scheinbar eindeutigen „demographischen“ Fakteseiner russischen Bevölkerungsmehrheit und einer „Multiethnizität“ dafür nicht aus. Vielmehr haben sich vor 1991 auf der Krim breite Bevölkerungsmilieus entwickelt, denen die Sowjetunion bzw. eine russische Staatlichkeit näher stand als der neue ukrainische Staat bzw. heutzutage dessen West-Orientierung.

Ein ausgeprägter militär-industrieller Komplex aus sowjetischer Zeit prägt die Region, ein Viertel der Beschäftigten der Krim war in der Zeit der Perestrojka noch bei Armee und Sicherheitsdiensten angestellt. Die Ausstrahlung der weiterhin Russland dienenden Schwarzmeerflotte in Sewastopol dominiert das lokale politische Gefüge in der Hafenstadt, die eine Hochburg der russischen Nationalisten war und ist. Nicht nur als Urlaubsziel, sondern auch als Residenzregion nach der Pensionierung war die Krim aufgrund ihres milden Klimas beliebt, insbesondere

bei Militärs, für die der Ort der letzten Stationierung auch der Ort der Rentenauszahlung war. Persönliche wirtschaftliche Abhängigkeit vom sowjetischen Zentrum, die dominanten pro-sowjetischen und konservativen Einstellungen bei Armeeingehörigen und die Zuwanderung aus den restlichen Teilen der UdSSR haben eine resistente „sowjetisch-russische“ Mentalität geschaffen, die den Russland-orientierten Separatisten eine mobilisierungsfähige Grundlage bot.

Der Zerfall des sowjetischen Wirtschaftsraumes entzog auch auf der Krim dem Großteil der Wirtschaftszweige den Boden. Die ökonomischen Eliten auf der Halbinsel sahen überwiegend ihre Interessen mit einer gewissen Eigenständigkeit von der Ukraine am besten verwirklicht, allerdings in ihrer Mehrheit wohl zu keinem Zeitpunkt durch eine radikalen Hinwendung zu Russland, was entscheidend zur Vermeidung eines gewalttätigen Konfliktes beigetragen haben könnte. Eine Erforschung der regionalen Elite- und Kapitalfraktionen und der aus ihren Interessen resultierenden politischen Strategien steht allerdings noch aus.

Die Interessen der Russischen Föderation, die Schwarzmeerflotte und die Unterstützung für die Krim-Aktivisten aus Moskau stellten grundsätzlich ebenfalls einen Konfliktsfaktor dar. Der Streit um Sewastopol und die Marine der Sowjetarmee zwischen Russland und der Ukraine schien lange Zeit eine gewalttätige Auseinandersetzung auf der Krim zu befördern. Das Anfang der 1990er Jahre von nationalistischen Kräften dominierte Parlament in Moskau erklärte 1992 den Transfer der Krim an die Ukraine durch Chruschtschow für ungültig und im Sommer 1993 die Hafenmetropole Sewastopol zur russischen Stadt. Die jeweilige Präsidialadministration schlug aber wesentlich behutsamere Töne an und Präsident Boris Jelzin distanzierte sich mehrfach von den Resolutionen der Duma. Auch bezüglich des Flottenstreites fanden russische und ukrainische Regierung mit dem Vertrag von 1997 eine vorläufige Einigung – Teile der an Russland gehenden Flotte können den Schwarzmeerhafen in Sewastopol bis 2017 weiter nutzen. Insgesamt blieben die Signale, die die Separatisten aus ihrem „Mutterland“ erhielten, zu widersprüchlich, um die Option einer Abspaltung der Krim von der Ukraine ernsthaft auf die Tagesordnung zu setzen.

Mit der Liberalisierung der Gorbatschow-Ära begann die Zuwanderung bzw. Rückkehr von Krimtataren, die selbst oder deren Vorfahren durch das stalinistische Regime unter dem Vorwurf der Kollaboration mit den deutschen Besatzern 1944 nach

Zentralasien deportiert worden waren. 250 000 sind in den letzten gut 15 Jahren auf die Krim gezogen. Vor dem Hintergrund einer massiven sozialen Benachteiligung und zum Teil großer Armut der Rückkehrer haben sich sehr aktive und mobilisierungsfähige politische Strukturen, die sich für krimtatarische Belange einsetzen, herausgebildet. Mit Massendemonstrationen und einer politischen Parallelstruktur mit einer Art Regierung (Mejlis) und parlamentsartigen Versammlungen (Kurultaj), die allerdings nur einen Teil der krimtatarischen Organisationen widerspiegelt, sind die Krimtataren besser organisiert und politisch aktiver als die große Mehrheit der Bevölkerung auf der Krim. In der Auseinandersetzung mit den russisch-nationalistischen Kräften, deren radikale Flügel auch gewalttätig gegen die einheimischen Zuwanderer vorgehen, haben die krimtatarischen Organisationen eine Kiew-freundliche Position eingenommen. Diese hat ihnen jedoch bisher keinen stabilen Platz im politischen System der Krim und der Ukraine eingebracht, die Unzufriedenheit der sozial weiterhin benachteiligten Tataren drückt sich von Zeit zu Zeit auch in Ausschreitungen aus.

Die willkürliche Nationalitäten- und Verwaltungspolitik der Sowjetunion hat aber nicht nur den Krimtataren, sondern auch den Russland-orientierten Separatisten Legitimationsressourcen verschafft. Wurde die 1921 gebildete Krimtatarischen Autonomen SSR bereits 1945 nach der Deportation der Krimtataren in ein Autonomes Gebiet verwandelt, zeigte sich die geringe Kohärenz der sowjetischen Gebietspolitik im Übergang der Krim an die Ukraine 1954. Chruschtschow transferierte das Autonome Gebiet per Federstrich von der Russischen SFSR an die Ukrainische SSR – als Zeichen der Verbundenheit der „slawischen Brüdervölker“. In den 1990er Jahren sahen das die politischen Akteure in Moskau und Simferopol anders – mehrere Resolutionen der russischen Duma und des Krimparlaments erklärten den Verwaltungsakt von 1954 für ungültig – wenn auch ohne Folgen.

Trotz dieser Spannungsfaktoren fehlten entscheidende Voraussetzungen für eine separatistische Mobilisierung, die zu einem gewalttätigen Konflikt oder einer Abspaltung von der Ukraine hätte führen können. Es kam nicht zu einer Verschmelzung der Interessen verschiedener Elitefraktionen zu einem gemeinsamen separatistischen Projekt. Auch für die Mehrheit der Bevölkerung standen konkrete wirtschaftliche Fragen im Vordergrund, einer dauerhaften Mobilisierung anhand der Spaltungslinien Krim-Kiew oder Russen-Ukrainer fehlte die Massenbasis.

Grundlegend dafür ist auch die hohe wirtschaft-

liche Abhängigkeit der Krim von der Ukraine. 100% der Kohle, 90% des Energiebedarfs, die gesamte Wasserversorgung und ein Großteil der Öl- und Gaslieferungen bezieht die Krim aus der Ukraine. Eine staatliche Neuorientierung der Halbinsel würde auch eine wirtschaftliche Umstrukturierung mit einem neuen Aufbau engerer Verbindungen zu Russland nötig machen.

Die aktuelle Entwicklung: Sonderstellung der Krim und Rückkehr zur Eskalation oder instabile Normalität des ukrainischen Föderalismus?

Mit den Berichten von Anti-Nato-Protesten in der Hafenstadt Feodosia ist die Krim nach längerer Zeit im Frühsommer wieder in das Blickfeld der westlichen Medien gerückt. Demonstranten blockierten den Hafen von Feodosia, in den ein Schiff der US-Marine eingelaufen war, und versuchten die Vorbereitungen zum internationalen Manöver „Sea Breeze 2006“ zu stören. Auch in anderen Städten auf der Krim protestierten Demonstranten gegen die Präsenz US-amerikanischer Militärs. Das Regionalparlament der Krim erklärte die Halbinsel gar zur „Nato-freien Zone“. Die Organisatoren der Protestveranstaltungen waren allerdings keine pazifistischen Gruppen, sondern die Partei der Regionen des alten und neuen Premierministers Janukowitsch, der pro-russische Witrenko-Block und einige regionale russisch-nationalistische Gruppierungen.

Den erstgenannten Gruppen waren die Proteste gegen die Militärübung mit Beteiligung von Nato-Ländern vorrangig Instrument im Kampf um Macht und Einfluss in Kiew. Insgesamt stellen die Demonstrationen kein ethnonationalistisches exklusives Projekt dar, das sich gegen die ukrainische Bevölkerung auf der Krim richtet, sondern eher eine Mobilisierung diffuser russisch-sowjetischer und regionaler Krim-Identitäten, deren politisches Potential

begrenzt bleibt. Radikale russische Nationalisten um die „Volksfront Sewastopol-Krim-Russland“, die eine „Ukraine ohne Krim“ anstreben, oder „Kosaken“-Verbände, die offen gegen die Krimtataren agitieren, sind eine eher marginale Minderheit.

Auch der Versuch der Krim-Behörden ein Referendum über die Einführung des Russischen als zweite Amtssprache auf der Halbinsel im Frühjahr abzuhalten, konnte von der Führung in Kiew rechtlich beigelegt werden. Der Streit um den Status des Russischen bleibt indes weiterhin ein Thema in der Ukraine – gleichwohl nimmt die Krim dabei keine Sonderstellung ein. In Donezk, Lugansk, Charkiw und weiteren Regionen erklärten die Behörden bzw. Parlamente Russisch zur zweiten offiziellen Sprache.

Ohne ernstzunehmende Unabhängigkeitsbestrebungen hat die Konfliktsituation auf und um die Krim keine eigene Qualität gegenüber anderen Regionen im Süden und Osten der Ukraine. Die auch auf der Krim dominierende Partei der Regionen ist inzwischen zur führenden Regierungspartei in Kiew aufgestiegen und auch die Anti-Nato-Position einer Bevölkerungsmehrheit auf der Halbinsel teilen wohl die meisten Ukrainer: In Umfragen lehnt konstant eine Mehrheit von gut 55% einen Nato-Beitritt ihres Landes ab, was Regierungschef Janukowitsch bei seinem jüngsten Besuch in Brüssel auch als Begründung für seine Absage an eine Mitgliedschaft in dem Militärbündnis anführte. Die politischen Fragen im Rest der Ukraine – Nato-Beitritt und Status der russischen Sprache, mithin implizit die Frage nach der Annäherung an den Westen oder Russland – bestimmen auch auf der Krim wesentlich stärker die Tagesordnung als regionale Spezifika. Solange die Halbinsel nicht zur Projektionsfläche eines Interessenkonflikts zwischen Russland und der Ukraine wird, steht eine „Krim-Frage“ nicht auf der Tagesordnung.

Über den Autor:

Der Autor promoviert an der Universität Leipzig über die „Politische Ökonomie (post-) sowjetischer separatistischer Bewegung auf der Krim und in Transnistrien 1988–1995“.

Lesetipps:

- Büscher, Klemens: Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine: ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat, Frankfurt am Main [u.a.], 2004
- Dawson, Jane: Ethnicity, Ideology and Geopolitics in Crimea, in: Communist and Post-Communist Studies, vol. 30, no. 4 (1998), S. 427–444
- Sasse, Gwendolyn: Die Autonome Republik der Krim zwischen Separatismus und Einheitsstaat, in: Simon, Gerhard: Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991–2001), Wien, 2002, S. 127–147

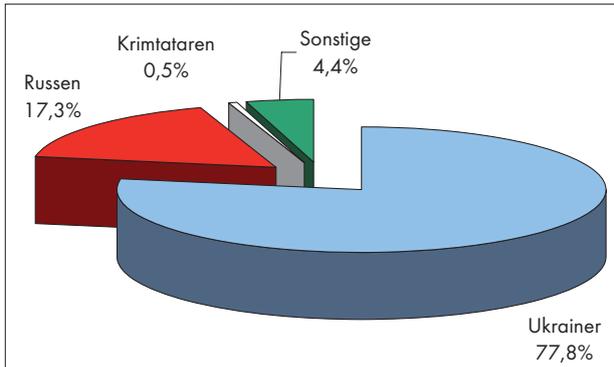
Tabellen und Grafiken zum Text

Bevölkerung

Nationalität der Bevölkerung

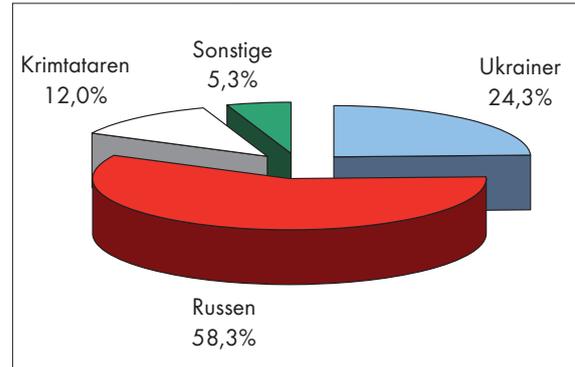
Ukraine

Gesamtbevölkerung: 48,254 Mill. Einwohner



Autonome Republik Krim

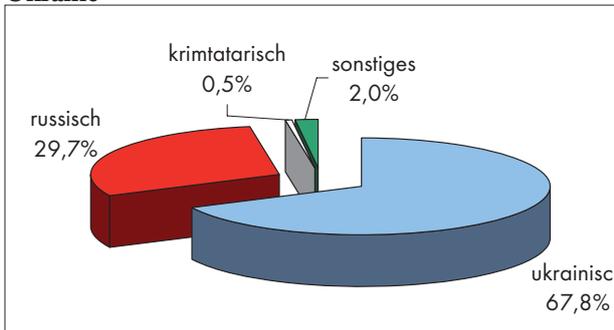
Gesamtbevölkerung: 2,024 Mill. Einwohner



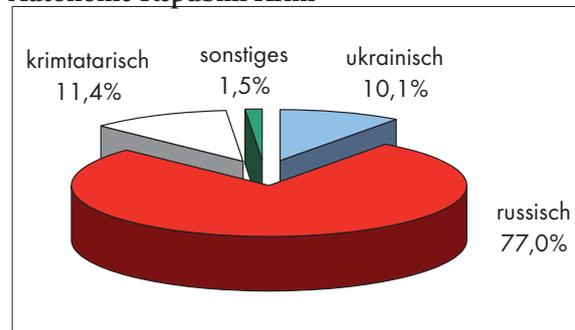
Quellen: <http://www.ukrcensus.gov.ua/eng/results/general/nationality/>
<http://www.ukrcensus.gov.ua/eng/results/general/nationality/Crimea/>

Muttersprache

Ukraine

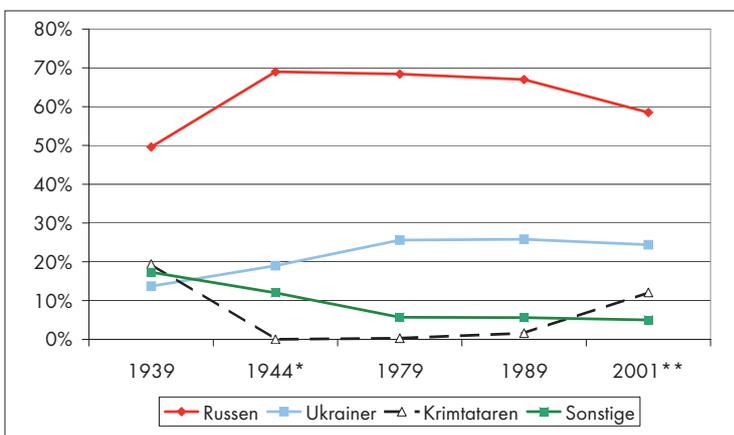


Autonome Republik Krim



Quellen: <http://www.ukrcensus.gov.ua/eng/results/general/language/>
<http://www.ukrcensus.gov.ua/eng/results/general/language/Crimea/>

Die ethnische Zusammensetzung der Krimbevölkerung



Quelle: österreichische Osthefte Sonderband 15: Ukraine, S. 441

* Quelle für das Jahr 1944: kalkuliert auf Grundlage der Deportationszahlen

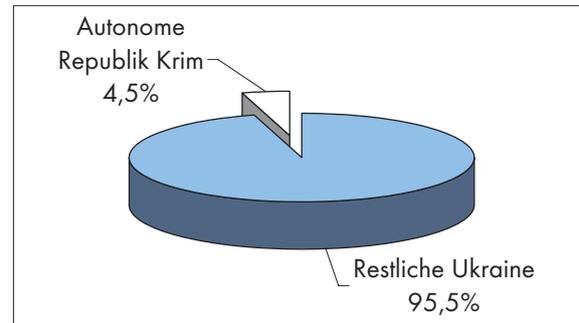
** Quelle der Daten zu 2001: <http://www.ukrcensus.gov.ua/eng/results/general/nationality/Crimea/>

Geographie

Landesfläche

	in km ²
Gesamt-Ukraine	603.700
Autonome Republik Krim	26.100

Quelle: <http://www.ukrstat.gov.ua/>



Die 5 größten Städte (2001)

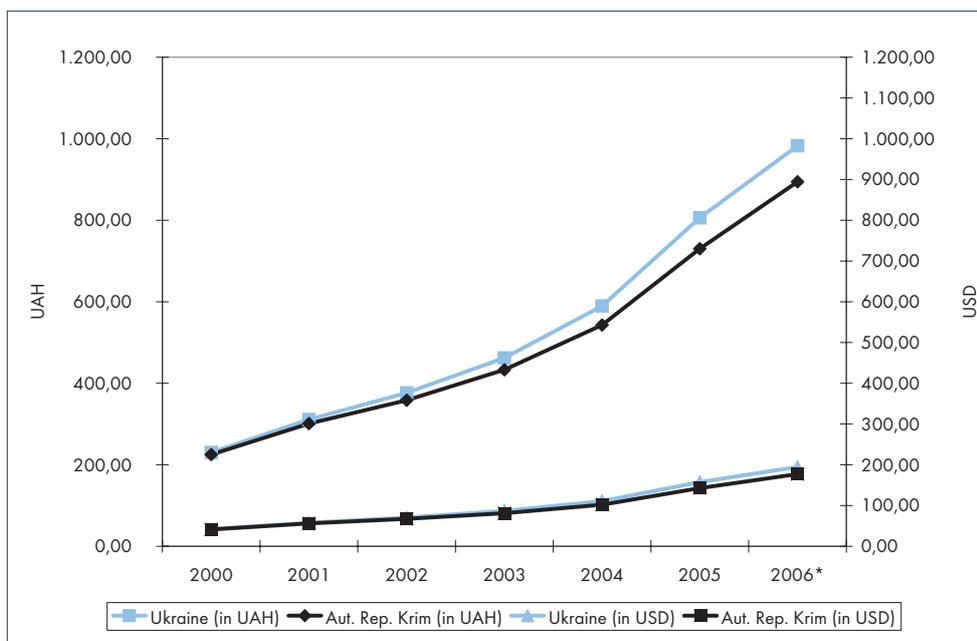
Ukraine	Stadt	Einwohner
	Kiew	2.611.000
	Charkiv	1.470.000
	Dnipropetrowsk	1.065.000
	Odessa	1.029.000
	Donezk	1.016.000

Quelle: <http://www.ukrcensus.gov.ua/eng/results/general/city/>
<http://www.ukrcensus.gov.ua/eng/results/general/city/Crimea/>

Autonome Republik Krim	Stadt	Einwohner
	Simferopol	344.000
	Kertsch	157.000
	Jewpatorija	106.000
	Jalta	82.000
	Feodosija	75.000

Wirtschaft

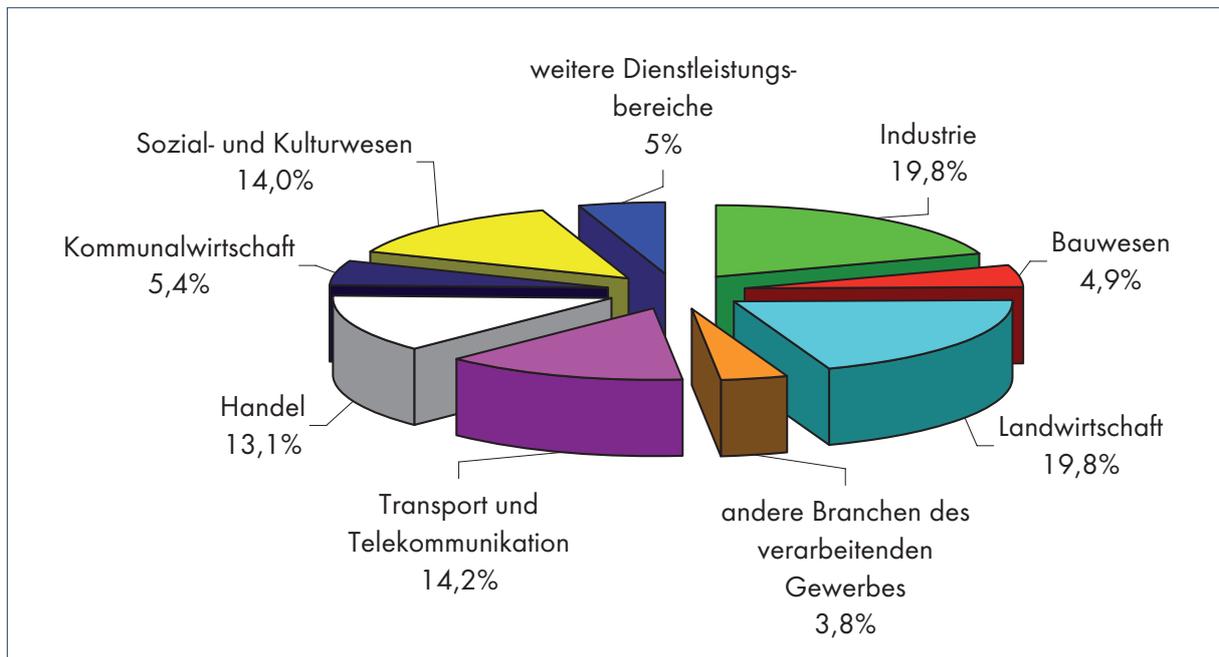
Monatlicher Durchschnittslohn



* Auf der Grundlage der Werte von Januar bis Juli gebildet

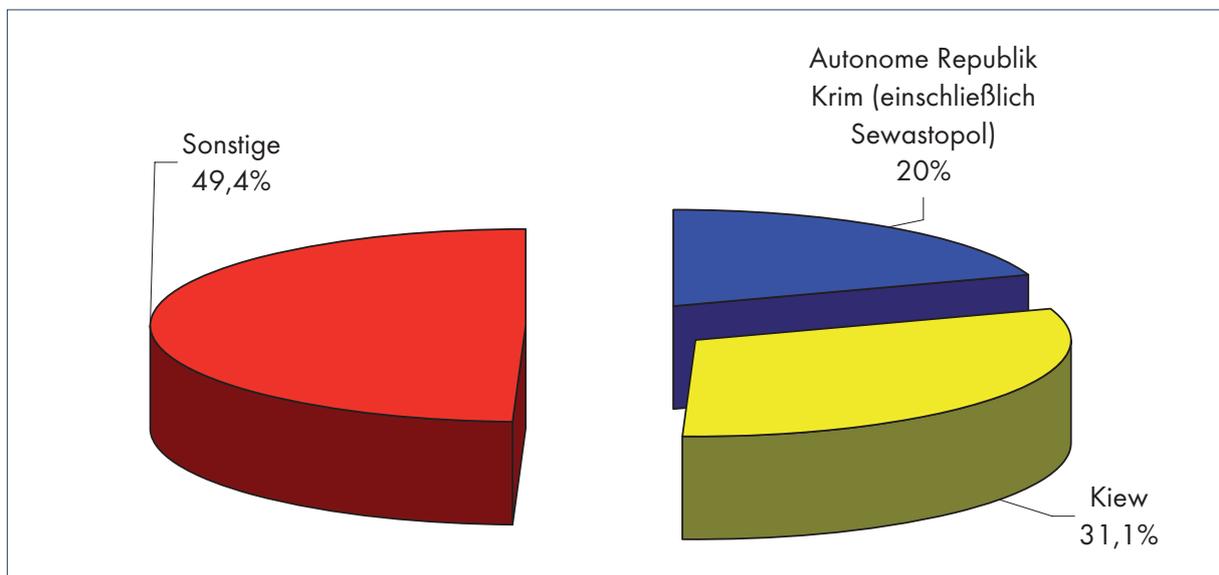
Quellen: http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2005/gdn/reg_zp_p/reg_zpp_e/arh_rzpp_e.htm
http://www.ier.kiev.ua/English/MEMU/2006/memu_71_sep_06_en.pdf

Branchenstruktur der Wirtschaft der Krim (2000)



Quelle: Daten des statistischen Jahrbuchs der Krim 2002, S. 36

Touristen in der Ukraine, 2005



Quelle: Ministerium für Tourismus, <http://www.tourism.gov.ua/news.asp?idType=4&Id=431>

Analyse

Geschichtsinterpretationen als Kristallisationspunkt interethnischer Spannungen auf der Krim

Von Oksana Danylenko, Charkiw

Einleitung

Die Geschichte der Krim kann auf verschiedene Weise interpretiert werden, sowohl auf der Ebene des öffentlichen Diskurses zu verschiedenen historischen Epochen als auch auf der Ebene des Alltages. Der vorliegende Beitrag präsentiert beispielhaft einige Diskurse zur Geschichte der Krim, die die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Bevölkerung der Krim und die resultierenden Spannungsverhältnisse aufzeigen. Die Analyse bezieht sich dabei sowohl auf die Inhaltsanalyse von Schulbüchern für den Geschichtsunterricht als auch auf qualitative Interviews, die auf der Krim, in Lwiw (Westukraine) und Charkiw (Ostukraine) durchgeführt wurden.

Ethnische Identitäten auf der Krim

Die Krim ist eine multiethnische Region (siehe Tabellen auf Seite 6). Obwohl auf der Krim Vertreter vieler Ethnien leben, sieht sich die Mehrheit vor allem als Bewohner der Krim an; die regionale Identität hat häufig Vorrang vor anderen Identitäten. Dies belegt unter anderem ein Forschungsprojekt unter Leitung K.W. Korostelina, das von 1999 bis 2000 durchgeführt wurde. Hier erklärten 62% der Russen und 76% der Krimtataren die regionale Identität für wichtig. Die ethnische Identität war wichtiger für Krimtataren (80%) als für Russen (26%).

Heute dominiert auf der Krim die russischsprachige Bevölkerungsgruppe, und die Frage des Status der russischen Sprache führt zu vielen Diskussionen. Sowohl bei den Präsidentenwahlen 2004 als auch bei den Parlamentswahlen 2006 unterstützte eine Mehrheit auf der Krim Viktor Janukowitsch und seine Partei der Regionen. Dies ist im Zusammenhang mit den Hoffnungen der Bewohner der Krim auf eine engere Kooperation mit Russland, auf eine Stärkung der Position der russischen Sprache auf der Krim und damit einer möglichen Anerkennung des Russischen als Staatssprache zu sehen.

Auf der Krim dominiert die Ausrichtung nach Osten, die Orientierung hin zur Zusammenarbeit mit Russland, was typisch für die Ostukraine ist, im Unterschied zur Westukraine, wo die Orientierung der Bevölkerung hin zur EU sehr viel stärker ist. Ebenso ist die Mehrheit der Einwohner der Krim gegen einen NATO-Beitritt der Ukraine. Diese Haltungen werden in vielem durch die Geschichte der Krim und die Auffassung der Bevölkerung der Krim von historischen Ereignissen erklärt.

Es gibt auf der Krim verschiedene Interpretationen von historischen Ereignissen unter den Vertretern der

unterschiedlichen ethnischen Gruppen. Anhand von drei Themen soll im Folgenden die Wechselbeziehung zwischen der Konstruktion von Geschichte und heutigen sozialen Konflikten und Solidarisierungsprozessen auf der Krim illustriert werden.

Geschichtsbilder Krim – Charkiw – Lwiw

Zur Erfassung der Geschichtsbilder wurde Vertretern verschiedener Generationen einleitend die Frage gestellt, welche geschichtlichen Ereignisse sie für die bedeutungsvollsten halten. Die Lwiwer, als Vertreter der Westukraine, nannten vor allem Ereignisse aus der Geschichte der Ukraine, und ihre Erzählungen über geschichtliche Ereignisse entsprachen dem Diskurs heutiger ukrainischer Geschichtsbücher. Die Charkiwier, als Vertreter der Ostukraine, nannten vor allem Ereignisse der sowjetischen Geschichte und globale Ereignisse der Weltgeschichte. Ihre Erzählungen entsprachen dem sowjetischen Diskurs, wie er auch in sowjetischen Schulbüchern wiedergegeben wurde. Die Bewohner der Krim wiederum nannten vor allem Ereignisse der sowjetischen und russischen Geschichte, allerdings trifft dies nicht auf die Krimtataren zu, die als wichtigste historische Ereignisse die Zwangsdeportation unter Stalin 1944 und die Rückkehr in die Heimat seit Ende der 1980er Jahre nannten.

Bei der Analyse der Darstellung gesellschaftlicher Konflikte fällt auf, dass die sprachliche Darstellung der Lwiwer der der Krimtataren stark ähnelt. Die einen wie die anderen brachten vor allem negative Empfindungen gegenüber der Sowjetmacht und der sowjetischen Vergangenheit zum Ausdruck, der „großrussische“ und der sowjetische Diskurs werden negativ bewertet. Sowohl die Lwiwer als auch die Krimtataren sehen sich als Opfer der Sowjetmacht an. Es ist bezeichnend, dass ein und dasselbe Motiv in

den Interviews mit den Lwiwrn und den Krimtataren vorkommt: die Erzählung, dass der Vater immer ein Fan der Mannschaft war, die gegen ein sowjetisches Team spielte, wenn zu Sowjetzeiten ein [Länder-]Fußballspiel übertragen wurde. Ebenso gleichen sich die Proteststimmungen, die in den Liedern zum Ausdruck kamen, die in der Familie an Feiertagen gesungen wurden.

Auch bei der Interpretation der heutigen Situation in der Ukraine lässt sich viel Übereinstimmendes in den Interviews der Lwiwr und Krimtataren finden: einige Werturteile zur heutigen Situation, insbesondere zu sozialen Konflikten, korrelieren mit der Interpretation der historischen Vergangenheit.

Die Krimtataren

Im Mai 1944 wurden auf Befehl Stalins 238.500 Krimtataren deportiert. Insgesamt wurden im Krieg mehr als 300.000 Bewohner von der Krim deportiert, die zu verschiedenen ethnischen Minderheiten gehörten. Sie wurden in die zentralasiatischen Republiken, vor allem nach Usbekistan, und nach Sibirien umgesiedelt. Erst zu Anfang der 1950er Jahre, nach dem Tod Stalins, wurde das Verbot, den Wohnort zu verlassen aufgehoben; bis dahin wurden Verstöße gegen dieses Verbot strafrechtlich geahndet. Praktisch erhielten die deportierten Völker aber erst Ende der 1980er Jahre, die Möglichkeit, in ihre Heimat zurückzukehren. Diese Möglichkeit begannen 1990–1991 vor allem die Krimtataren zu nutzen. Sie hatten sich während der Repressionen besonders geschlossen für ihre Rechte eingesetzt: von den 1960er Jahren an gab es eine nationale Bewegung der Krimtataren, die in den 1980er Jahren Demonstrationen durchführte, wodurch auf die Probleme der Krimtataren aufmerksam gemacht wurde.

Nach ihrer Rückkehr auf die Krim erhielten die Krimtataren Grundstücke und Geld. Die Kompensation reichte aber oft nicht aus, um eine neue Existenzgrundlage zu schaffen. Auch heute ist die Bodenfrage auf der Krim immer noch akut. Den Krimtataren wird vor allem Grundbesitz im Steppengürtel angeboten. Die Zahl der Grundstücke reicht nicht aus, um alle Rückkehrer zu kompensieren und die Formalitäten der Besitzübertragung sind kompliziert. Die Besetzung von Grundstücken durch Krimtataren ist relativ weit verbreitet, was zu Konflikten führt, die dann insbesondere in den Massenmedien reflektiert werden.

Die folgenden Auszüge aus einem Interview geben die typischen Ansichten der Krimtataren über ihre Rolle wieder: „Die Krimtataren sind die Urbevölkerung der Krim, daher bitte ich, die Bezeichnung ‚ethnische

Minderheit‘ nicht auf sie anzuwenden. Zu den ethnischen Minderheiten gehören nationale Gruppen, die einen Nationalstaat jenseits der Staatsgrenze der Ukraine haben; so sind z.B. die Russen eine ethnische Minderheit in der Ukraine, obwohl sie hier in bedeutender Zahl leben. Es geht hier ums Prinzip.“

„Die Geschichte der Krim ist im Prinzip einzigartig, das ist so ein kleines Territorium, auf das viele Ethnien und Völker Einfluss genommen haben, die Polowzer, die Skythen, die Petschenegen, die Tauren, die Chasaren, d.h., in diesem kleinen Schmelztiegel sind sehr viele Völker verschmolzen, darunter auch Germanen und Türken und die Urbevölkerung, die schon da lebte, sie wurde ständig vermischt und als Ergebnis dieser Vermischung kam das Volk heraus, von dem ich ein Vertreter bin, die Krimtataren.“

Die Demonstrationen der Krimtataren, bei denen Losungen über das Recht der Krimtataren als indigene Bevölkerung auf Grund und Boden benutzt wurden, trugen viel dazu bei, die Vorstellung, dass die Krimtataren die indigene Bevölkerung der Krim sind, im Alltag festzuschreiben und die Öffentlichkeit an diese Bezeichnung zu gewöhnen.

Die Übertragung der Krim von Russland an die Ukraine

Ein zentrales Ereignis in der jüngeren Geschichte der Krim ist der 300. Jahrestag der Perejaslawskaja Rada 1654, an dem Nikita Chruschtschow die Krim (die bis dahin den Status eines Gebietes der Russischen Föderativen Sowjetrepublik hatte) der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) als Zeichen der Freundschaft und Einheit zweier „Brudervölker“ „schenkte“. Zu jener Zeit bemerkten die Einwohner der Krim den Übergang kaum und, wie etliche Interviewpartner sich erinnerten, wurde diese „Schenkung“ nicht weiter ernst genommen. Dies änderte sich allerdings, als die Ukraine ein unabhängiger Staat wurde.

Im Rahmen des sowjetischen Diskurses wurde die Perejaslawskaja Rada als Vertrag zwischen dem (ukrainischen) Hetman Bogdan Chmelnyzkyj und dem russischen Zaren interpretiert, der zur „Wiedervereinigung zweier Brudervölker“ führte – im Jahre 1654 entstand das Ideologem der „Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland“, das in den Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zum 300. Jahrestag der Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland vorgestellt wurde und danach in allen sowjetischen Geschichtsbüchern bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion dominierte.

In den heutigen russischen Geschichtsbüchern stimmt die Auslegung der „Perejaslawskaja Rada“ in vielem mit dem Diskurs sowjetischer

Geschichtsbücher überein. In den neuen ukrainischen Geschichtsbüchern wird das Ideologem der „Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland“ hingegen kritisiert und die Ereignisse des Jahre 1654 werden als erzwungene Maßnahme gesehen, in die Bogdan Chmelnyzkiy notgedrungen einwilligen musste, und die später Russland die Möglichkeit gab, der Ukraine „die Freiheit zu rauben“.

Während die Lwiwer den Vertrag von 1654 zu den wichtigsten historischen Ereignissen zählen und ihn als Anlass für Reflektionen über die ukrainische staatliche Unabhängigkeit benutzen, nennen die Bewohner der Krim ihn nicht, obwohl er ironischerweise ihre aktuelle Staatszugehörigkeit indirekt beeinflusste. Russen und Ukrainer auf der Krim, wie auch die Charkiwer als Vertreter der Ostukraine, halten stattdessen am sowjetischen Diskurs über die „Einheit zweier Brüdervölker“ fest.

Im Text zitierte Literatur:

K.W. Korostelina: Sistema sozialnych identitschnostej: opyt analis etnitscheskoj situazii w Krymu, in: Na puti primirenija w Krymu, wyposk 1, Simferopol: Dolja 2002.

Über die Autorin:

Oksana Akimovna Danylenko ist Kandidatin der Soziologie, Dozentin, Doktorandin am Lehrstuhl für politische Soziologie an der Nationalen W.-N.-Karasin-Universität in Charkiw (Ukraine) und Autorin von mehr als 60 wissenschaftlichen Arbeiten, darunter der Monografie „Soziologitscheskoe ismerenie konflikta“ [„Die soziale Dimension des Konfliktes“] (2003). Zu ihren wissenschaftlichen Interessen gehören die Konfliktsoziologie, die Geschichte der Soziologie, Methoden der qualitativen Sozialforschung und die Soziologie sozialen Wandels. Von Juli 2005 bis April 2006 war sie Leiterin des Projektes „Konstruktion von Geschichte: vom Interpretationskonflikt zur Bildung neuer Identitäten der Grenzregion“ (finanziert durch CASE), dessen Ergebnisse demnächst als Monografie erscheinen: „Jasyk konflikta w transformirujuschtschysja obschtschestwe: ot konstuirowanija istorii – k formirovaniju soziokulturnych identitschnostej“ [„Die Sprache des Konfliktes in der Transformationsgesellschaft: von der Konstruktion der Geschichte zur Bildung von soziokulturellen Identitäten“].

Fazit

Eine ganze Reihe Ereignisse in der Geschichte der Krim ermöglichen die sprachliche Konstruktion von Konflikten, was oft von der Politik ausgenutzt wird, vor allem im Wahlkampf. Einige historische Ereignisse und Varianten ihrer Interpretation werden offen oder verdeckt in heutige soziale Konflikte eingebunden. In diesem Artikel wurden nur einige der Themen genannt, die die Wechselbeziehung zwischen der „Konstruktion der Geschichte“ und der „sprachlichen Konstruktion von Konflikten“ auf der Krim ausmachen. Dieses Thema bedarf weiterer Forschung, was auch für die Jahre 2006–2007 im Rahmen des Projektes „Linguistische Konstruktion sozialer Konflikte in Grenzregionen“ geplant ist. Dabei wird die Ukraine als Grenzland angesehen, als Raum, der sich gleichzeitig im Gravitationsfeld Russlands wie auch der EU befindet. Die Krim stellt hierbei ein besonderes Forschungsobjekt dar.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Nationale Identität der ukrainischen Bevölkerung der Krim

Region	Ethnische Ukrainer (offiziell)	Identifizieren sich mit Ukrainern	Identifizieren sich mit dem sowjetischen Volk	Sprechen zu Hause ukrainisch	Befürworten den Gebrauch des Ukrainischen als Staatssprache	Sind Angehörige von ukrainischen christlichen Konfessionen
Autonome Republik Krim	18,82%	6,28%	28,25%	0,90%	35,15%	36,30%
Ukraine insgesamt	75,38%	65,82%	12,52%	51,48%	56,50%	53,25%

Quelle: Umfrage des Zentrums für Sozial- und Marktforschung (Socis) im Jahre 2000, zitiert nach: Ukrainian Center for Independent Political Research: Ukraine's Regional Policy: Setting Socio-Humanitarian Priorities of Development, Kyiv 2006, S. 137, http://www.ucipr.kiev.ua/files/canada/regional_policy_ukraine2006e.zip

Dokumentation

Die Debatte um den ukrainischen NATO-Beitritt

Bei seinem offiziellen Besuch im NATO Hauptquartier in Brüssel erklärte der ukrainische Ministerpräsident Viktor Janukowitsch am 14. September 2006, dass die Ambitionen seines Landes, noch in diesem Jahr dem NATO-Aktionsplan beizutreten, verfrüht seien. Der Aktionsplan gilt allgemein als Vorstufe der Mitgliedschaft. Die Erklärung von Janukowitsch löste in der Ukraine eine heftige politische Debatte aus, die im folgenden mit Originalzitaten führender ukrainischer Politiker dokumentiert wird. (Zu den Hintergründen der Westorientierung der ukrainischen Außenpolitik siehe die Beiträge in der Ukraine-Analyse Nr. 6 vom 25.4.2006)

Ministerpräsident Viktor Janukowitsch

Erklärung auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit NATO Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer am 14. September 2006 in Brüssel:

„Die Unterstützung [für eine NATO Mitgliedschaft] liegt bei 12 bis 25 Prozent [der ukrainischen Bevölkerung]. Dies ist nicht ausreichend für einen solchen Schritt. Wir haben gesehen, dass die Unterstützung in der Gesellschaft in den letzten zwei Jahren zurückgegangen ist. Das bedeutet, dass es nun erforderlich ist die Informationskampagne erheblich auszuweiten, was wir tun werden. Beizeiten werden wir den nächsten Schritt tun.“

„Wir dürfen eine NATO-Mitgliedschaft nicht den freundlichen Beziehungen zu Russland gegenüberstellen. Solch eine Regelung ist sowohl für die Regierung als auch für das Volk inakzeptabel. Wir sollten keine Politik befürworten, die die Beziehungen zwischen Russland, EU und NATO oder EU und Russland in eine Sackgasse führt. Die Ukraine muss ein vertrauenswürdiger Vermittler sein.“

„Es ist extrem wichtig für die Ukraine, an dem neuen europäischen Sicherheitssystem zu partizipieren. Die Zusammenarbeit mit der NATO bietet uns solch eine Möglichkeit.“

„Für die Ukraine gibt es keine Alternativen zu dem gewählten Weg der Kooperation mit der NATO.“

Präsident Viktor Juschtschenko

Stellungnahme vom 15. September 2006

Präsident Viktor Juschtschenko erklärte nach einem in seinen eigenen Worten „nicht besonders angenehmen“ vierstündigen Gespräch mit Janukowitsch:

„Ich glaube, diese Position ist falsch, entspricht nicht den nationalen Interessen und muss korrigiert werden.“ (Reuters)

Außenminister Boris Tarasjuk

Stellungnahme vom 15. September 2006

Tarasjuk erklärte, dass Ministerpräsident Viktor Janukowitsch nicht die Kompetenz besäße, außenpolitische Aussagen für die Ukraine zu formulieren. Er stellte fest, dass laut der Verfassung der Präsident die Durchführung der ukrainischen Außenpolitik beaufsichtigt und sagte, der Ministerpräsident verfügt über keine derartigen Vollmachten. „Daraus ergibt sich, dass die Aussage [von Janukowitsch in Brüssel] als die eines Vorsitzenden einer parlamentarischen Fraktion gewertet werden kann. Als Repräsentant einer anderen Fraktion und Partei kann ich erklären, dass niemand die Prioritäten der Außenpolitik unseres Landes, welche der Präsident umrissen hat, aufgegeben hat“, sagte Tarasjuk. Er betonte, dass der außenpolitische Kurs der Ukraine unverändert bleibt. (Ukrainian News Agency)

Verteidigungsminister Anatolij Hrytsenko

Interview mit dem ukrainischen Fernsehsender 5. Kanal am 15. September 2006

„Wir führen diesen Plan [den NATO-Aktionsplan] gegenwärtig ein und es tut mir sehr leid, dass der Ministerpräsident darüber nicht informiert war, bevor er seinen Besuch in Brüssel machte und dass er es versäumte, sich die Zeit zu nehmen, mit dem Verteidigungsminister zu reden, um zu verstehen, was der Aktionsplan eigentlich ist.“

„Das ist es, was durch das Gesetz vorgeschrieben ist, was durch die Resolutionen des Präsidenten, der durch die Verfassung die Hoheit auf diesem Gebiet besitzt, vorgeschrieben ist, durch die gesetzten Richtlinien und wir werden mit der Umsetzung fortfahren.“

„Ich möchte betonen, dass die Ukraine und die Ukrainer die Einführung dieses Plans brauchen. Die NATO braucht das nicht. Sie hat bereits hohe Lebensstandards. Wir brauchen diese Standards.“

„Ich werde fortfahren den Aktionsplan umzusetzen, weil es eine starke Armee und Militärangehörige mit angemessener Bezahlung und sozialer Vorsorge sind, was die Ukraine braucht. Ich werde diese Politik nicht aufgeben. Gegenwärtig besteht kein Anlass zu sagen, dass sich hier etwas ändern wird. Ich werde in meiner Position bleiben und so effizient wie ich kann sein.“

„Unglücklicherweise ist nach diesem Besuch zu 100 Prozent klar für mich, dass die NATO auf ihrer Zusammenkunft in Riga eine Entscheidung zugunsten der Ukraine und des Aktionsplans nicht fällen wird. Das ist sehr ungünstig, weil wir diese Chance hatten und eigentlich darauf vorbereitet waren. Die Ukraine und die Ukrainer werden ihren Nutzen daraus ziehen.“

Das Parlament

Das ukrainische Parlament, die Verchowna Rada, diskutierte die Brüsseler Stellungnahme von Janukowitsch in seiner Sitzung am 19. September 2006. Das offizielle Protokoll der Sitzung hält fest:

Der Abgeordnete Jewgen Kuschnarow [Partei der Regionen] stellte einen [Resolutions]Entwurf vor. Dieser Entwurf empfiehlt der Verchowna Rada die Position des Ministerpräsidenten Viktor Janukowitsch zu unterstützen, die am 14. September 2006 in Brüssel während der Sitzung der Kommission „Ukraine-NATO“ zur bilateralen Zusammenarbeit geäußert wurde.

Die weitere konkrete Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO solle nur unter Einbeziehung des Willens des ukrainischen Volkes erfolgen.

Der Entwurf fordert die Regierung auf, den eingeschlagenen Kurs zu Rechtsstaatlichkeit, Stärkung der Demokratie, politischem Pluralismus und Marktwirtschaft, Beachtung der Menschenrechte und der Rechte der nationalen Minderheiten, wie er in der Europäischen Union unterstützt wird, aktiv weiter zu verfolgen; die Verbreitung von objektiven Informationen über die Rolle der NATO in der gegenwärtigen Welt und über die Richtungen der Reform der NATO zu fördern, um ein besseres gegenseitiges Verständnis zu ermöglichen.

Der Resolutionsentwurf fordert außerdem, dass die Komitees der Verchowna Rada zur Außenpolitik und zur nationalen Sicherheit und Verteidigung bis zum 1. November 2006 einen Gesetzesentwurf erstellen und in die Verchowna Rada einbringen, der die Besonderheiten des Beitritts der Ukraine zu militärischen (militärisch-politischen) Bündnissen regelt.

Die Resolution tritt mit dem Tag ihrer Annahme in Kraft.

Je. Kuschnarow erklärte, dass die Initiative zur politischen Unterstützung des Ministerpräsidenten, der für sein Amt von einer Koalition der Mehrheit vorgeschlagen wurde und der als Vorsitzender der Regierung die politische Verantwortung gegenüber unserer Koalition trägt, das Recht eines Abgeordneten sei genau wie eine ablehnende Position.

Im Verlauf der Debatte der Abgeordneten erklärten die Gegner der Resolution, dass sie der Deklaration der Einheit [zwischen der Regierungskoalition und der Partei Unsere Ukraine] widerspreche und betonten, dass die Einbringung der Resolution nicht dem vorgeschriebenen Verfahren entspreche und deswegen das Reglement [der Verchowna Rada] verletze.

Die Verchowna Rada nahm die Resolution zur Position des Ministerpräsidenten auf der Sitzung der Kommission „Ukraine-NATO“ mit 242 Stimmen an.

Zusammenstellung und Übersetzung: Boris Queckbörner, Heiko Pleines

Chronik
Chronik vom 12. bis zum 25. September 2006

12.9.2006	Die Mitglieder der neuen Regierung verlieren auf eigenen Antrag ihre Parlamentssitze. Nur Justizminister Roman Zvaritsch weigert sich der Verpflichtung zur Trennung von Amt und Mandat nachzukommen. Parlamentssprecher Oleksandr Moros kündigt an, Zvaritsch gerichtlich zur Mandatsaufgabe zwingen zu wollen.
12.9.2006	Präsident Viktor Juschtschenko bestätigt die Zusammensetzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates. Mitglieder sind im wesentlichen die mit Sicherheitsfragen im weitesten Sinne (einschließlich Wirtschaft) befassten Minister sowie die Leiter der Sicherheits- und Geheimdienste.
13.9.2006	Drei Abgeordnete des Blocks Timoschenko erklären ihren Wechsel in die Regierungskoalition. Da das Wahlgesetz Abgeordneten einen Fraktionswechsel verbietet, will der Block Timoschenko die drei Abgeordneten gerichtlich zur Aufgabe ihres Mandats zwingen.
13.9.2006	Auf Antrag des Blocks Timoschenko richtet das Parlament eine Kommission zur Untersuchung der Erdgaspreiserhöhungen ein. Der vom Block Timoschenko vorgeschlagene Kommissionvorsitzende wird jedoch abgelehnt. Gleichzeitig beauftragt die Regierungskoalition die Kommission zusätzlich mit der Untersuchung eines staatlichen Schuldenerlasses für die Gashandelsfirma Unified Energy Systems of Ukraine, die 1995-97 von Julia Timoschenko geleitet wurde.
14.9.2006	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch und EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner erklären in Brüssel die Einigung von EU und Ukraine auf die Einrichtung von Zählern an den ukrainischen Erdöl- und Erdgaspipelines, die eine exakte Bestimmung der Transitmengen erlauben sollen. Das Projekt wird von der EU finanziert.
14.9.2006	Bei seinem Besuch im NATO-Hauptquartier erklärt Ministerpräsident Viktor Janukowitsch, dass sich der NATO-Beitritt der Ukraine verzögern werde, da er von der Bevölkerungsmehrheit nicht getragen werde. Vertreter der Partei Unsere Ukraine, darunter Präsident Viktor Juschtschenko und Außenminister Boris Tarasjuk widersprechen.
14.9.2006	Die Koalitionsverhandlungen zwischen der Regierungskoalition und der Partei Unsere Ukraine werden ausgesetzt.
18.9.2006	Der Block Timoschenko fordert die Partei Unsere Ukraine auf, eine gemeinsame Opposition zu formen.
18.9.2006	In Reaktion auf das Unabhängigkeitsreferendum von Transdnistrien spricht sich Ministerpräsident Viktor Janukowitsch für eine autonome Region Transdnistrien als Bestandteil des moldawischen Staates aus.
20.9.2006	Bei einer Explosion in einem Kohlebergwerk in Donetsk sterben mindestens 13 Bergleute, 30 sind verschollen, 62 werden verletzt.
21.9.2006	Der Leiter der EU Kommission, Jose Manuel Barroso, erklärt nach Gesprächen mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Viktor Janukowitsch, dass die EU Anfang nächsten Jahres eine Diskussion über eine engere und breitere Kooperation mit der Ukraine beginnen werde. Janukowitsch sagte, dass die Ukraine nun den komplexen Weg zur Erreichung der EU-Mitgliedschaft beschreiten solle.
21.9.2006	Das Parlament beginnt die Debatte über den Staatshaushalt 2007. Dem Regierungsentwurf liegt die Annahme eines Wirtschaftswachstum von 6,5% zugrunde.
21.9.2006	Die ukrainische Regierung verweigert die Annahme von sieben Präsidialerlasse, da sie vor der Gegenzeichnung durch den Ministerpräsidenten und den zuständigen Minister bereits vom Präsidenten veröffentlicht worden seien, was Artikel 106 der Verfassung widerspreche.
21.9.2006	Das Parlament überstimmt das Veto von Präsident Viktor Juschtschenko gegen ein Moratorium auf eine Erhöhung der Wohnungsnebenkosten bis zum Jahresende.
25.9.2006	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch erklärt, dass die Regierung Anfang Oktober eine Entscheidung über die Senkung der Gas- und Strompreise für private Haushalte fällen wird. Bei den Verhandlungen über russische Erdgaslieferungen wird eine Einigung über die Liefermengen für den Zeitraum bis 2009 erreicht. Eine Einigung über den Lieferpreis steht aber noch aus. Die aktuelle Preisregelung gilt nur bis Ende September.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de